

Absender:
SPD-Wahlkreisbüro Sabrina Repp, MdEP, Doberaner Straße 6, 18057 Rostock

22. Oktober 2026

Sabrina Repp, MdEP

Büro Brüssel
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
12G242
60, Rue Wiertz
B-1047 Bruxelles/Brüssel

Büroleitung:
Arzu Mouchtar
Tel.: +32 228 45783
Mail: sabrina.repp@europarl.europa.eu

Wahlkreisbüro Rostock
Sabrina Repp
SPD-Wahlkreisbüro
Doberaner Str. 6
18057 Rostock

Büroleitung:
Anne Niekrenz
Tel.: +49 (0)1573 4451906
Mail: kontakt@sabrina-repp.eu

Web:
www.sabrina-repp.eu

Europäisches Parlament stärkt Erasmus+: Mehr Chancen für junge Menschen

Das Europäische Parlament hat seine Position zum neuen Erasmus+-Programm für die Jahre 2028 bis 2034 verabschiedet. Zukünftig sollen 15 Prozent des Budgets für den Jugendbereich reserviert werden. Zudem sollen Schulen, Auszubildende, Jugendvereine und kleinere Organisationen leichter Zugang zu europäischen Fördermitteln erhalten.

Sabrina Repp, bildungspolitische Sprecherin der Europa-SPD:

"Erasmus+ ist so viel mehr als ein Auslandssemester. Ob Schülerin, Azubi, Studentin oder Mitglied in einem Jugendverein: alle jungen Menschen sollen die Chance bekommen, Europa selbst zu erleben. Dafür haben wir in den vergangenen Monaten hart verhandelt. Besonders wichtig war uns, den Jugendbereich finanziell abzusichern und die Hürden für kleinere Vereine und Schulen zu senken.

Denn gerade in ländlichen Regionen scheitert europäischer Austausch oft nicht am Interesse, sondern an fehlenden Mitteln oder komplizierten Anträgen. Europa darf aber weder vom Geldbeutel der Eltern noch von der Postleitzahl abhängen. Und wer schon jung Freundschaften über Ländergrenzen hinweg schließt, für den bleibt Europa nicht abstrakt.

Europa bekommt Gesichter, Geschichten und Freundschaften. Gerade in Zeiten, in denen nationalistische Stimmen wieder lauter werden, brauchen wir diese Begegnungen mehr denn je."

Hintergrund: Das neue Erasmus+-Programm soll von 2028 bis 2034 laufen. Das Europäische Parlament fordert dafür eine deutliche Aufstockung der Mittel gegenüber der laufenden Förderperiode. Mit der Plenarabstimmung legt das Parlament seine Position fest. Die endgültige Ausgestaltung des Programms wird anschließend mit den EU-Mitgliedstaaten verhandelt.